

Stephanie Kappacher | Zeitschriftenschau | 26.03.2024

Aufgelesen

Die Zeitschriftenschau im März 2024

Samarium, Molybdän, Kobalt – wer hier an die kommenden Trendfarben der Sommersaison oder die neuesten Verkaufsschlager im Bereich der Nahrungsergänzungsmittel denkt, liegt falsch. Hinter den mystisch anmutenden Bezeichnungen verbergen sich sogenannte Seltene Erden, auch Seltenerdmetalle genannt. Diese chemischen Elemente finden in der Luft- und Raumfahrttechnologie Verwendung, etwa beim Bau von Raketen, werden aber insbesondere zur Herstellung von Smartphones, Touchscreens, LEDs, Elektromotoren und Windkraftanlagen gebraucht. Kein Wunder also, dass sie bei der Industrie heiß begehrt und die Märkte entsprechend umkämpft sind. Während das Geschäft mit Mobiltelefonen und LEDs ohnehin seit Jahren boomt, verspricht angesichts von Klimawandel und Energiewende auch der Bau von Elektromotoren und Windkraftanlagen den Unternehmen wachsende Gewinne. Die weltweite Nachfrage nach diesen Rohstoffen ist enorm, Tendenz weiter steigend.

Anders als man in Anbetracht ihres Namens vermuten könnte, kommen Seltenerdmetalle so gut wie überall auf der Welt vor, auch in Deutschland; nur eben meist in so geringen Mengen, dass sich ihr Abbau nicht rentieren würde. So sind es am Ende doch nur wenige Regionen, allen voran bestimmte Gegenden Chinas, der USA und Australiens, in denen ausreichend große Mengen bestimmter Metalle geschürft, also dem Boden extrahiert werden können. Eine weitere Schwierigkeit bei der Gewinnung Seltener Erden besteht darin, dass sie in der Natur nicht rein, sondern immer in Verbindung mit anderen Stoffen vorkommen. Deshalb stellt nicht nur ihr Abbau einen gewaltsamen Eingriff in die Natur dar, auch ihre anschließende Aufbereitung geht mit teils massiven Umweltverschmutzungen einher, häufig verursacht durch giftige Rückstände, die aus Auffangbecken ins Grundwasser sickern und es kontaminieren. Seltene Erden sind daher Fluch und Segen zugleich: Während ihr Abbau der Umwelt und den Menschen in den betroffenen Gebieten erheblich schadet, gelten sie als unverzichtbare Rohstoffe für Zukunftstechnologien, die Industrie und Unternehmen nicht nur hohe Gewinne versprechen, sondern langfristig auch zum Kampf gegen den Klimawandel beitragen können.

Unter dem Titel [„Stein der Begierde“](#) befasst sich die neueste Ausgabe der [Internationalen](#)

[Politik](#) mit der [Jagd nach kritischen Rohstoffen](#), die durch verschärfte Konkurrenz und wachsende Konfliktpotenziale gekennzeichnet ist. Den Aufschlag zum Titelthema macht die Politologin Melanie Müller, die [„Das große Graben“](#) beobachtet und die jüngsten globalen Entwicklungen nachzeichnet. Müller nimmt ihre Leser:innen mit auf einen Parforceritt rund um die Welt und zeigt, mit welchen Maßnahmen staatliche Akteure sich den Zugang zu den begehrten Rohstoffen sichern wollen. China sei hier längst Vorreiter: Es habe die Entwicklungen früh erkannt und schnell darauf hingewirkt, eine zentrale Position in globalen Rohstofflieferketten einzunehmen – mit der Folge, dass es in den letzten 20 Jahren zum „Drehkreuz“ im weltweiten Handel mit kritischen Rohstoffen geworden sei (S. 19). Gesichert habe sich China seine starke Stellung am Markt dabei nicht nur durch den Abbau und Export heimischer Metalle, sondern vor allem durch den Aufbau strategisch kluger Handelsbeziehungen. Letztere führten dazu, dass zahlreiche metallische Rohstoffe vor ihrer Verarbeitung in anderen Ländern einen Umweg über die Volksrepublik nehmen und auf diese Weise einen Großteil des chinesischen Handelsvolumens ausmachen.

Auf eindrückliche Weise bestätigt wird Chinas zentrale Position durch den Umfang europäischer Importe von Seltenen Erden: Diese bezieht die EU derzeit nämlich zu beinahe 100 Prozent aus China, wie Müller sachlich konstatiert. Angesichts dieser Zahl fühlt man sich unweigerlich an die Corona-Pandemie erinnert, die uns schmerzlich unsere Abhängigkeit von chinesischen Zulieferern im Bereich der Pharmaindustrie vor Augen führte. Zwar sei die Gewährleistung von Versorgungssicherheit schon zum damaligen Zeitpunkt auf der politischen Agenda nach oben gerückt, so Müller, doch hätten letztlich erst der Angriff Russlands auf die Ukraine und die ausbleibenden Gaslieferungen an Deutschland das Risiko einer derart großen Abhängigkeit von einem einzelnen Staat verdeutlicht (S. 20). Nach konkreten Aktivitäten im Gassektor strebe man auf EU-Ebene nun auch Veränderungen im Bereich der Rohstoffpolitik an. Dass es diese Veränderungen braucht, steht für Müller außer Frage: Wolle die EU unabhängiger von China werden, sei schnelles wie koordiniertes Handeln das Gebot der Stunde, schließlich habe der „Wettbewerb um den Aufbau neuer Lieferbeziehungen mit rohstoffreichen Staaten“ längst an Fahrt aufgenommen und sei in vollem Gange (S. 21).

Bedenkt man, dass rasches Handeln und strategisches Vorgehen nicht unbedingt zu den Stärken der EU gehören, muss die Geschwindigkeit, welche die Union bei ihren ersten Schritten im vergangenen Jahr an den Tag legte, dann doch überraschen, denn schon im März 2023 präsentierte die EU-Kommission einen Entwurf für den [EU Critical Raw Materials Act](#). Das Gesetz formuliert eine gemeinsame „Rohstoffstrategie“, die zwei Schwerpunkte hat: Zum einen sollen eigene Ressourcen wie auch Möglichkeiten zum

Recycling ausgedienter Materialien besser genutzt und gefördert, zum anderen aber auch internationale Rohstoffkooperationen ausgebaut werden. Die formale Verabschiedung des Gesetzes könnte unter Umständen schon im April stattfinden, so Müller. Dann wäre der Weg frei, die Dinge konkret anzugehen. Keine leichte Aufgabe, schließlich gelte es für die Mitgliedsstaaten, sich trotz allen Wettbewerbs und individueller Bestrebungen auf gemeinsame Ziele zu einigen. Immerhin beginnt man dabei nicht gänzlich bei Null; Partnerschaften mit mehreren Ländern, darunter Chile,¹ Kanada, Kasachstan und Grönland,² existieren bereits, weitere sollen folgen.

Bei den rohstoffexportierenden Ländern des Globalen Südens meint Müller, ebenfalls ein gemeinsames Ziel ausmachen zu können, nämlich das Bestreben, über ihre aktuelle Rolle als bloße Rohstofflieferanten hinauszuwachsen und Teile der industriellen Produktion vor Ort anzusiedeln. Schließlich sei damit eine größere Wertschöpfung möglich. Insbesondere die afrikanischen Staaten Simbabwe, Ghana und Namibia forcierten diese Entwicklung durch ein Exportverbot für unverarbeitete Rohstoffe.

Zudem hat laut Müller ein bislang hauptsächlich in anderen Bereichen agierender Staat ebenfalls sein Interesse an der aufstrebenden Branche bekundet: Saudi-Arabien wolle ins Geschäft mit den Seltenerdmetallen einsteigen und seine im Rahmen des Abbaus fossiler Rohstoffe gewonnenen Kenntnisse auch auf diesem Gebiet nutzen.

Und der Big Player USA? Dort habe Präsident Joe Biden die Angelegenheit längst mit höchster Prioritätsstufe auf seine wirtschaftspolitische Agenda gesetzt und versuche insbesondere über finanzielle Anreize neue Handelswege und Partnerschaften zu etablieren. Doch auch jenseits des nationalstaatlichen Rahmens trieben die Vereinigten Staaten das Thema voran. So versuchten sie im Rahmen der G7 auf eine stärkere Koordinierung innerhalb des Bündnisses hinzuwirken und mittels der eigens zu diesem Zweck ins Leben gerufenen Minerals Security Partnership (MSP) nach dem Prinzip des „Friendshoring“ die Ressourcen der 13 Mitgliedsstaaten, darunter auch Deutschland und Frankreich, zu bündeln.

Auch wenn derlei transnationale Initiativen nicht zuletzt für Deutschland attraktiv erscheinen, warnt Müller eindringlich davor, sich – wie schon in den Bereichen Verteidigung und Rüstung – zu sehr auf die USA zu verlassen. Eine weitere „Abhängigkeitsfalle“ müsse dringend vermieden werden, schließlich verfolgten die Vereinigten Staaten mit ihrem Engagement in erster Linie eigene Interessen. Gerade bei einer Wiederwahl Donald Trumps könne man auf eine verlässliche Kooperation nicht

bauen. Vor diesem Hintergrund lautet das klare Plädoyer der Politikwissenschaftlerin: Insbesondere exportorientierte Staaten wie Deutschland müssten aktiv werden und in Kooperationsvereinbarungen mit rohstoffreichen Ländern investieren. Die im Januar dieses Jahres von der Bundesregierung zu diesem Zweck bereitgestellte eine Milliarde Euro könne nur ein erster Schritt sein. Darüber hinaus müssten deutsche Unternehmen sich der Bedeutung der Problematik bewusstwerden und sich stärker um diversifizierte Handelsbündnisse und -partnerschaften bemühen.

Auffällig ist, dass Müllers Ausführungen ohne jeden Bezug auf die problematischen sozialen und ökologischen Aspekte der Thematik auskommen: Sozialkritische Begriffe wie Ausbeutung oder (Neo-)Extraktivismus³ fallen kein einziges Mal. Insbesondere vor dem Hintergrund längst auch hierzulande angekommener Debatten über Abhängigkeits- und Ausbeutungsverhältnisse der globalisierten Wirtschaft⁴ und ihre desaströsen Folgen für Menschen und Umwelt im Globalen Süden ist das mindestens verwunderlich.

Ganz anders verhält sich die Sache in der [Ausgabe 3/2024](#) der [Blätter für deutsche und internationale Politik](#). Im Beitrag von Isabel Feichtner und Harald Ginzky taucht der Begriff der Ausbeutung gleich im Untertitel auf, der so kurz wie deutlich lautet: „Bewahren statt Ausbeuten“. Auch hier geht es um den Konkurrenzkampf um Seltenerdmetalle und kritische Materialien, doch nicht mehr zu Lande, sondern unter Wasser: [„Rohstoffe in der Tiefsee“](#) ist das Thema, dem sich Feichtner und Ginzky widmen. Tatsächlich sind Öl und Gas keineswegs die einzigen wertvollen Stoffe, die in den Tiefen der Ozeane lagern. Wie die beiden Autor:innen verdeutlichen, gibt es dort große Vorkommen an Massivsulfiden, Kobaltkrusten und Manganknollen, deren Bestandteile insbesondere zur Herstellung leistungsstarker Batterien benötigt werden. Doch der Abbau von Ressourcen auf dem Meeresboden ist hochumstritten, zum einen wegen der gerechten Verteilung der Rohstoffe und der damit einhergehenden Gewinne, zum anderen hinsichtlich der damit verbundenen Risiken für die Natur.

Wie Feichtner und Ginzky ausführen, ist die 1982 von der Staatengemeinschaft ins Leben gerufene Internationale Meeresbodenbehörde (IMB) zuständig für die Verwaltung der am Meeresgrund eingelagerten Schätze. Seit 2017 führe die Behörde intensive Verhandlungen über die Regelungen des Abbaus. Dabei gehe es insbesondere um den Ablauf von Genehmigungsverfahren, die Klärung von Haftungsfragen, die Verteilung wirtschaftlicher Erträge und – mit zunehmender Bedeutung – die Durchführung von Umweltverträglichkeitsprüfungen. Als die IMB ihre Arbeit aufnahm, so die Autor:innen, galten umweltbezogene Regularien eher als „lästiges Beiwerk“ (S. 38). Noch in den 1970er-

Jahren habe man auf internationaler Ebene ausschließlich darüber gestritten, wer das Recht haben sollte, die Schätze des Meeresbodens zu heben. Umweltschutz sei dabei als möglichst gering zu haltender Kostenfaktor betrachtet worden. Doch im Zuge der sich verschärfenden Klimakrise hätte allmählich ein Umdenken eingesetzt: Mittlerweile forderten zahlreiche Staaten ein Moratorium der Verhandlungen, um den Meeresboden in seiner jetzigen Form unberührt zu erhalten und Biodiversitätsverluste sowie ökologische und soziale Folgeschäden zu vermeiden – eine Forderung, die sogar Staaten vorbrächten, die ein großes wirtschaftliches Interesse an den in der Meerestiefe lagernden Rohstoffen haben, darunter Frankreich und Deutschland. Auch international agierende Konzerne wie Google, BMW oder Samsung unterstützten die Forderung, wenn auch in erster Linie aufgrund erhoffter Reputationsgewinne. Bleibt zu hoffen, dass wir hier einen Trend hin zur Schonung des Planeten und zum Verzicht auf weitere Eingriffe in seine ökologischen Systeme erleben, der sich weiter fortsetzt und – ähnlich wie einst die Evolution der Lebewesen – vom Meer aufs Land übergreift.

Dass der (Neo-)Extraktivismus in den betroffenen Gebieten nicht nur die Umwelt zerstört, sondern oft auch die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung, ist mittlerweile bekannt. Was bei der wachsenden Kritik an den Praktiken von Regierungen und Unternehmen aber gern übersehen wird, ist das Ausmaß, in dem vermeintlich klimafreundliche politische Entscheidungen des Globalen Nordens – Stichwort Energiewende – mitverantwortlich sind für die Verwüstungen im Globalen Süden. Um die Zunahme und „Vervielfältigung sozial-ökologischer Konflikte im Globalen Süden durch Dekarbonisierung“ zu fassen, stellte Anne Tittor bereits in der März-Ausgabe der [PROKLA](#) im vergangenen Jahr ihr Konzept des „[Postfossilen Extraktivismus](#)“ vor. Unter sozial-ökologischen Transformationskonflikten versteht Tittor zunächst in Anlehnung an Maristella Svampa „Auseinandersetzungen um Naturaneignungen, deren Notwendigkeit mit Dekarbonisierungsbemühungen, insbesondere im Globalen Norden, begründet wird“ (S. 79). Kennzeichnend für diese Transformationskonflikte ist Tittor zufolge unter anderem das extrem ungleiche Nord-Süd-Gefälle der sozial-ökologischen Kostenverteilung. Noch immer – so Tittors Ausgangsthese – prägen Macht- und Abhängigkeitsbeziehungen kolonialen Ursprungs unsere Welt und führten zu anhaltenden strukturellen Asymmetrien (ebd.). Die Bezeichnung der gegenwärtigen Auseinandersetzungen als sozial-ökologische Transformationskonflikte verdeutliche, dass die damit verbundenen Konflikte „nicht der Vergangenheit angehören, sondern dass sie sich in der Zukunft wohl intensivieren werden“ (S. 93). In ihrer Studie versucht Tittor, sich dem tatsächlichen Ausmaß von Konflikten dieser Kategorie anzunähern. Zu diesem Zweck konsultiert sie den [Environmental Justice Atlas](#), der von insgesamt 2467 weltweit verzeichneten umweltbedingten Konflikten allein 840 in

Lateinamerika verortet (S. 90 f.). Tittor zufolge sei es schon 2022 – also zum Zeitpunkt der Datenerhebung – bei rund 38 Prozent der Auseinandersetzungen um erneuerbare Energien und Infrastruktur gegangen. Für die Zukunft prognostiziert die Autorin eine weitere Zuspitzung dieser Konflikte, da die Energiedichte fossiler Rohstoffe weitaus höher sei als jene der erneuerbaren Energieträger, weshalb von letzteren deutlich größere Mengen produziert beziehungsweise extrahiert werden müssten. Diesem Umstand müsse zukünftig im Interesse einer sozial gerechten Dekarbonisierung stärker Rechnung getragen werden. Die Industrienationen dürften nicht länger so tun, als müsse man lediglich die Rohstoffbasis unserer bisherigen Konsum- und Produktionsverhältnisse von fossilen auf erneuerbare Energieträger umstellen. Vielmehr, so Tittor, brauche es eine gezielte politische Strategie für die Transformation (S. 94), welche die Interessen aller Betroffenen berücksichtigt. Die in Jena ansässige Soziologin schlägt hierzu etwa die Einführung von Recyclingquoten sowie eine „echte Verkehrswende“ vor, also eine radikale Abkehr von der individuellen Automobilität, nicht nur eine Änderung des Antriebs der dafür genutzten Fahrzeuge (ebd.). Vor allem aber, und daran lässt Tittor keinen Zweifel, brauche es weitaus entschlossener Bemühungen vonseiten der Politik, den weltweiten Verbrauch von Energie und Rohstoffen drastisch zu senken.

Die Beiträge machen deutlich, wie unterschiedlich die Forderungen an politisches Handeln angesichts der Klimakrise ausfallen – ein Umstand, der auch in den jüngsten gesellschaftlichen Konflikten, die sich nicht zuletzt an den Aktionen der Letzen Generation entzündeten, zum Ausdruck kam. Am Ende muss jedoch allen klar sein: Ohne intakte Umwelt kann es auf Dauer keine florierende Wirtschaft geben. Wer in Ausgaben für Klima, Umwelt und Menschenrechte nur unnötige Kostenfaktoren sieht, verrechnet sich.

Endnoten

1. Inwiefern Europa davon profitiert, wenn Chile sein reiches Vorkommen an Lithium und Kupfer abbaut und exportiert, zeichnet Sophia Boddenberg in [ihrem kurzen Beitrag](#) zum Thementeil nach (S. 33 f.).
2. Über das „riesige Rohstoffpotenzial der Arktisinsel“ und aktuelle Schwierigkeiten beim Abbau der Seltenen Erden informiert Gerd Braune in seinem Text über [„Grönlands unerschlossene Schätze“](#) (S. 35 f.).
3. Der Begriff des (Neo-)Extraktivismus bezeichnet die insbesondere in Ländern des Globalen Südens verfolgte wirtschaftspolitische Strategie, Wirtschaftswachstum und Wohlstand durch den Abbau und Export begehrter Rohstoffe zu mehren. Zur Kritik an dem Konzept und dem Kampf indigener Gruppen und Umweltbewegungen gegen den Abbau von Bodenschätzen, der in den betroffenen Gebieten schon jetzt desaströse Umweltschäden nach sich zieht, vgl. die [Zeitschriftenschau im Juni 2022](#) von Karsten Malowitz.
4. Hierzu einschlägig etwa Stephan Lessenich, *Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis*, München 2016.

Stephanie Kappacher

Stephanie Kappacher ist Soziologin. Sie arbeitet am Hamburger Institut für Sozialforschung als Redakteurin der Zeitschrift *Mittelweg 36* sowie des Internetportals Soziopolis.

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Karsten Malowitz, Hannah Schmidt-Ott.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.soziopolis.de/aufgelesen/maerz2024.html>